

Bayerisches Handwerk mit Umsatzplus Präsident Traublinger warnt vor steigenden Arbeitskosten

22.10.2010
rub

Das bayerische Handwerk hat die Rezession und den witterungsbedingten „Fehlstart“ ins laufende Jahr überwunden. Kräftige Nachholeffekte im Bau, der wieder zunehmende Optimismus der Verbraucher und deutliche konjunkturelle Impulse bei den Zulieferern halfen bei der Erholung. Dies erklärte der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), **Heinrich Traublinger, MdL a. D.**, anlässlich der BHT-Mitgliederversammlung am 22. Oktober 2010 vor der Presse in Straubing. Vor allem die Stimmungslage habe sich grundlegend verbessert. So bezeichnen mittlerweile 86 Prozent der Handwerksbetriebe ihre Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“, das sind immerhin 22 Punkte mehr als am Tiefpunkt der Krise im März 2009, erläuterte Traublinger.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres erwirtschafteten die bayerischen Handwerksunternehmen rund 63 Mrd. Euro. Das entspricht einem Plus gegenüber dem Vorjahr von nominal einem Prozent, preisbereinigt ist das ein leichter Anstieg um ein halbes Prozent. Traublinger: „Das erste witterungsbedingt schlechte Vierteljahr ist daran schuld, dass das Umsatzplus nicht höher ausgefallen ist.“ Weiterhin stabil sei die Beschäftigung. Sorge bereite dem Handwerk allerdings, dass bereits einige Branchen Probleme haben, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Arbeitsagenturen meldeten eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften mit handwerklicher Ausbildung, vor allem nach Elektrotechnikern und Installateuren. Für das gesamte Jahr 2010 prognostiziert der BHT-Präsident: Die Beschäftigung dürfte im Jahresdurchschnitt mit 852.000 annähernd auf dem Niveau von 2009 gehalten werden. Bei den Umsätzen ist mit gut 89 Milliarden Euro ein nominales Plus von bis zu 1,5 Prozent zu erwarten. Ende des Jahres dürfte es ca. 193.000 Betrieben im Freistaat geben.

Traublinger machte deutlich, dass die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen müsse, damit das Handwerk in die Lage versetzt werde, einen nachhaltigen Aufwärtstrend zu schaffen. Grund zur Sorge sei vor allem die Verteuerung der Arbeit. Der BHT-Präsident: „Diese

Pressestelle

Rudolf Baier • Jens Christopher Ulrich

Max-Joseph-Straße 4 • 80333 München

Telefon 089 5119-121 • Telefax 089 5119-129

presse@bht-muenchen.de

www.dasbayerischehandwerk.de

Bundesregierung war angetreten, die gesetzlich bedingten Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu drücken. Nun stehen Steigerungen in der Krankenversicherung ins Haus und es drohen auch noch Erhöhungen der Beiträge zur Pflegeversicherung.“ Hierzu sei die Position des Handwerks eindeutig: Pflegebedürftigkeit und Arbeitsplatzstunden in keinerlei Zusammenhang. Dies müsste bei allen Reformmaßnahmen berücksichtigt werden. Gerade auch bei der Pflegeversicherung sei eine Entkoppelung der Versicherungsbeiträge vom Arbeitsverhältnis erforderlich, so Traublinger.

Traublinger warnte auch davor, bei der diskutierten Mehrwertsteuerreform das Kind mit dem Bade auszuschütten. Traublinger wörtlich: „Von einem einheitlichen Satz, wie ihn die Mittelstandsvereinigung der Union gerade gefordert hat, halten wir gar nichts! Wir sind da für das Prinzip: Alte Zöpfe abschneiden, aber sinnvolle Steuerungswirkungen erhalten.“ Der reduzierte Mehrwertsteuersatz habe gerade bei Lebensmitteln, beim öffentlichen Nahverkehr und bei kulturellen Leistungen eine wichtige sozialpolitische Steuerungsfunktion. Es wäre andererseits an der Zeit, über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk nachzudenken. Der BHT-Präsident: „Das wäre ein wirkungsvolles Instrument gegen die Schwarzarbeit!“

Sorgen bereite dem Handwerk auch die aktuelle Entscheidung des EU-Parlaments zur Revision der Mutterschutzrichtlinie. Traublinger: „Das ist eine Entscheidung gegen den Mittelstand und würde die arbeitsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen des Handwerks über die Maßen belasten.“ Eine Verlängerung der Mutterschutzfristen von derzeit 14 auf 20 Wochen würde in Deutschland zusätzlich rund 1,5 Milliarden Euro kosten. „Das würde für unsere Betriebe, die ohnehin schon den Großteil des Mutterschutzlohns finanzieren, erneut steigende Lohnzusatzkosten und damit eine erhebliche Verteuerung von Arbeit bedeuten. Die Bereitschaft Frauen einzustellen, könnte darunter erheblich leiden. Das ist sicher nicht im Sinne des Erfinders!“, erklärte BHT-Präsident Traublinger. Er appellierte an die Bundesregierung, im Europäischen Rat dafür zu sorgen, dass solche enormen Mehrbelastungen für die Betriebe unterbleiben.